

**Rede Gerd Will**

**Plenum 14. Mai 2009**

**Verkehrsunternehmen brauchen Planungssicherheit - Regionalisierungsmittel dauerhaft aufstocken - Antrag der Fraktion der SPD**

**Regionalisierungsmittelaufstockung jetzt zusichern - ÖPNV-Einschränkungen abwenden  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die gekürzten Regionalisierungsmittel sind seit Jahren ein Dauerärgernis für Planungssicherheit und Qualität von ÖPNV und SPNV in Niedersachsen. Diese Problematik wurde durch den Einsatz der Regionalisierungsmittel für die Landesaufgabe Schülerbeförderung noch verschärft. In der Spitze waren das immerhin 90 Millionen Euro pro Jahr. Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen müssen daher kurzfristig planen und können keine langfristig gesicherten Leistungen für die Nutzer anbieten. Gerade das gefährdet allerdings den nachhaltigen Erfolg beim Umstieg vom Individualverkehr auf Bus und Bahn. Sie haben die Kürzungen von jährlich ca. 50 Millionen Euro in den vergangenen Jahren um jeweils 15 Millionen Euro in den Jahren 2008 und 2009 zum Teil zurückgenommen. Aber was kommt in den Jahren 2010 und folgende auf die Verkehrsunternehmen, auf die Aufgabenträger zu? Bisher haben die Kommunen auch mit eigenen zusätzlichen Mitteln verhindert, dass Verkehrsleistungen eingeschränkt werden mussten. Aktuell laufen in den Gremien der Aufgabenträger und der Verkehrsunternehmen die Planungen für den neuen Fahrplan 2010 mit dem Fahrplanwechsel im Herbst. Dafür brauchen die Aufgabenträger klare Ansagen durch das Land, ob die Kürzungen auch in Zukunft wenigstens zum Teil ausgeglichen werden. Alles andere bedeutet Einschnitte in Fahrleistungen, Takte und unter Umständen die Aufgabe von Verkehrsverbindungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Februar 2009 zur Zukunft der Regionalisierungsmittel in den Jahren 2010 und 2011 hat die Landesregierung die Aufteilung der 15 Millionen Euro auf die Aufgabenträger dargestellt. In der Antwort heißt es:

„In den Jahren 2008 und 2009 konnten aufgrund der in der Antwort zu Frage 1 genannten Beträge“

- dies waren die zweimal 15 Millionen Euro –

„folgende SPNV/ÖPNV-Angebotseinschränkungen vermieden werden:“

Aus den weiteren Unterlagen geht hervor, dass bei der Region Hannover allein acht Leistungen, beim Zweckverband Großraum Braunschweig ebenfalls acht Leistungen und bei der Landesnahverkehrsgesellschaft 14 Projekte gesichert werden konnten. Ich möchte aus der Liste nur einige Projekte beispielhaft nennen: Im Bereich der Landesnahverkehrsgesellschaft geht es z. B. um die Regionalbahn Hildesheim–Braunschweig mit zehn Zügen, um die Regionalbahn Bremen–Soltau mit 14 Zügen in der Woche, um die S-Bahn Hameln–Bad Pyrmont von montags bis freitags mit immerhin zehn Zügen und um die Regionalbahn Herzberg–Nordhausen mit sechs Zugpaaren, d. h. 50 % der Fahrleistungen in diesem Bereich der LNVG. Im Bereich der Region Hannover geht es um den Regionalexpress z. B. von der Regionsgrenze, von Celle aus bis nach Hannover. Hier war am Samstagabend bzw. am Sonntag die komplette Streichung der Verkehre geplant. Auch bei der Regionalbahn von Bennemühlen nach Hannover war samstags und sonntags die komplette Streichung und von Großburgwedel Richtung Hannover-Lahe wochentags die komplette Streichung eines Busses

vorgesehen. Im Bereich des Zweckverbands Großraum Braun-schweig wäre es zu einer Kürzung des Regionalexpresses zwischen Meinersen und Wolfsburg gekommen. Dies hätte am Wochenende bedeutet, 50 % der Leistungen einzuschränken. Zwischen Goslar und Bad Harzburg wären 50 % der Leistungen täglich und zwischen Braunschweig und Hildesheim zwei Zugpaare gekürzt worden. Auch auf den Strecken Braunschweig–Magdeburg, Braunschweig–Salzgitter und Hildesheim–Braunschweig sollten erhebliche Zugkilometer gekürzt werden.

Meine Damen und Herren, darum geht es auch hier. Welche dieser Leistungen sollen die Aufgabenträger eigentlich ohne Planungssicherheit „auf blauen Dunst“ bestellen? - Sie wollen erst im Rahmen der Haushaltsberatungen im Herbst über die Fortsetzung der Ausgleichszahlungen entscheiden. Dann ist es aber zu spät. Sie geben den Ball einfach an die Aufgabenträger weiter nach dem Motto „Helft euch selbst!“. Immerhin haben Sie die Möglichkeit angekündigt, dass die Landesregierung bis Juni 2009 im Rahmen der Bewirtschaftung des Haushaltsplans in einer Verpflichtungsermächtigung zusätzliche Mittel absichern könnte. Fakt bleibt, dass die Aufgabenträger in den nächsten zwei Jahren auf die Kompensationsmittel angewiesen sein werden. Über die Aufrechterhaltung des Leistungsangebots entscheidet also einzig und allein die Landesregierung zum jetzigen Zeitpunkt. Wir erwarten von der Landesregierung ein klares Wort pro ÖPNV und SPNV, und zwar jetzt und nicht erst im Herbst dieses Jahres.

## **2. Wortmeldung**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau König, genau das ist das Problem: Sie haben schon in der Vergangenheit die Landesnahverkehrsgesellschaft in erster Linie dazu herangezogen, aus ihren Rücklagen diese Leistungen zu finanzieren. Das ist die Ecke, in der Sie in der Vergangenheit hauptsächlich gespart haben. Am Umgang mit den Mehrwertsteuermitteln merkt man, welchen Stellenwert bei Ihnen Verkehrspolitik hat. Verkehrspolitik ist bei Ihnen Sparpolitik. Der Finanzminister verwaltet die Mittel, und nicht in erster Linie die Verkehrspolitiker setzen die Mittel dafür ein, wofür sie der Bundesfinanzminister eigentlich vorgesehen hat. Das nächste Stichwort ist die Frage des Wettbewerbs. Sie wissen, weil Sie viele vertragliche Bindungen kennen, genau, dass erst 2012/2013 Verträge in einer erheblichen Größenordnung frei werden und erst danach über zusätzlichen Wettbewerb nachgedacht werden kann. Viele Klauseln in den bestehenden Verträgen schließen aus, dass auf dem Weg dahin durch zusätzlichen Wettbewerb Mittel erwirtschaftet werden können. Weil Sie das genau wissen, werden Sie die Verträge nutzen, bei denen Sie Leistungen schlicht abbestellen können. Darauf wird man sich konzentrieren. Das wird flächendeckend Niedersachsen treffen. Was die 45a-Mittel angeht, so haben Sie diese zunächst zur Hälfte und am Ende ganz ungeniert komplett aus den Regionalisierungsmitteln finanziert. Der Bund - es war im Übrigen nicht in erster Linie der Bundesverkehrsminister, sondern es waren die Herren Koch und Steinbrück, die daran gemeinsam heftig gearbeitet haben - hat die Einsparpotenziale natürlich dort realisiert, wo das Land die Mittel zweckentfremdet einsetzt.